

Im Anschluß an das SGB IV geht der Autor sehr kurz auf das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) ein. Es folgt eine Kurzkomentierung der gesetzlichen Rentenversicherung (SGB VI), wobei insbesondere § 42 SGB VI für den Bereich der Teilzeitarbeit interessant ist, weil er die Voll- bzw. Teilrente regelt. Mit der Teilrente soll den Versicherten zwar der Übergang zur Vollrente erleichtert werden, gleichzeitig die „TeilrentnerInnen“ für die Rentenversicherung aber auch billiger.

Mit der Bearbeitung des SGB XI, das die Soziale Pflegeversicherung beinhaltet und erst im Mai 1994 eingeführt wurde, trifft der Autor auf einen Bereich klassischer, traditioneller Frauenarbeit – die Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen in häuslicher Umgebung. Die Kritik des Autors gilt hier der Herausnahme der Pflegepersonen aus der gesetzlichen Krankenversicherung, was die Vermutung nahelegt, daß der Gesetzgeber wie selbstverständlich davon ausgegangen ist, daß für Pflegepersonen eine Familienversicherung nach § 10 SGB V besteht (Ehegatten oder Kinder). Das bedeutet, daß pflegende nichteheliche LebenspartnerInnen hiervon nicht erfaßt werden.

Am Ende widmet sich der Autor noch sehr kurz dem Altersteilzeitgesetz von Juli 1996, das älteren ArbeitnehmerInnen mit Vollendung des 55. Lebensjahres den Übergang vom Berufsleben in die Altersrente ermöglichen und den Arbeitsmarkt entlasten helfen soll.

Den Schluß des Kommentars bildet schließlich ein umfangreicher Anhang, der die Europäische Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit von Juni 1997, das Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts von Februar 1997 sowie verschiedene Tarifverträge über Teilzeitarbeit enthält.

Der Kommentar fällt durch seine kurze, aber prägnante Bearbeitung der teilzeitrelevanten Vorschriften verschiedenster Gesetze auf. An manchen Stellen wäre sicherlich eine vertiefte Kommentierung schön gewesen, so z.B. zu § 611a BGB, was jedoch die frauenperspektivische Sicht insbesondere auf das Europäische Recht, das Verfassungsrecht und das Arbeitsrecht nicht schmälert. Leider drückt sich diese Sichtweise der Autoren auf die Teilzeitarbeit als ein frauenspezifisches Problem nicht durch die Wortwahl aus: Angesichts der Tatsache, daß immer noch über 90 % der Teilzeitarbeitsplätze von Frauen wahrgenommen werden, wäre es durchaus angemessen gewesen, von TeilzeitarbeitnehmerInnen anstelle von Teilzeitbeschäftigten zu sprechen.

Für PraktikerInnen ist durch den vorliegenden Kommentar jedoch in jeder Hinsicht ein erster Einstieg in das Problemfeld der Teilzeitarbeit gewährleistet.

Bettina Graue, Bremen

Richtlinie 97/81/EG des Rates

vom 15. Dezember 1997

zu der von UNICE, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit

Der Rat der Europäischen Union –

gestützt auf das Abkommen über die Sozialpolitik, das dem Protokoll (Nr. 14) über die Sozialpolitik im Anhang zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigelegt ist, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 2,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Auf der Grundlage des Protokolls (Nr. 14) über die Sozialpolitik haben die Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (im folgenden als „Mitgliedstaaten“ bezeichnet) in dem Wunsch, auf dem von der Sozialcharta von 1989 vorgezeichneten Weg weiterzugehen, ein Abkommen über die Sozialpolitik geschlossen.
- (2) Die Sozialpartner können entsprechend Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens über die Sozialpolitik gemeinsam beantragen, daß die auf Gemeinschaftsebene geschlossenen Vereinbarungen durch einen Beschluß des Rates auf Vorschlag der Kommission durchgeführt werden.
- (3) Nummer 7 der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer sieht unter anderem folgendes vor: „Die Verwirklichung des Binnenmarktes muß zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft führen. Dieser Prozeß erfolgt durch eine Angleichung dieser Bedingungen auf dem Wege des Fortschritts und betrifft namentlich andere Arbeitsformen als das unbefristete Arbeitsverhältnis, wie das befristete Arbeitsverhältnis, Teilzeitarbeit, Leiharbeit und Saisonarbeit“.
- (4) Der Rat hat weder zu dem Vorschlag für eine Richtlinie über bestimmte Arbeitsverhältnisse im Hinblick auf Wettbewerbsverzerrungen¹ in der geänderten Fassung² noch zu dem Vorschlag für eine Richtlinie über bestimmte Arbeitsverhältnisse hinsichtlich der Arbeitsbedingungen³ einen Beschluß gefaßt.
- (5) Entsprechend den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Essen sind Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern sowie

1 ABl. C 224 v. 8.9.1990, S. 6.

2 ABl. C 305 v. 5.12.1990, S. 8.

3 ABl. C 224 v. 8.9.1990, S. 4.

- Maßnahmen zur Steigerung der Beschäftigungsintensität des Wachstums, insbesondere durch eine flexiblere Organisation der Arbeit, die sowohl den Wünschen der Arbeitnehmer als auch den Erfordernissen des Wettbewerbs gerecht wird, erforderlich.
- (6) Die Kommission hat nach Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens über die Sozialpolitik die Sozialpartner zu der Frage gehört, wie eine Gemeinschaftsaktion zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und zur Absicherung der Arbeitnehmer gegebenenfalls ausgerichtet werden sollte.
- (7) Die Kommission, die nach dieser Anhörung eine Gemeinschaftsaktion für zweckmäßig hielt, hat die Sozialpartner nach Artikel 3 Absatz 3 des Abkommens erneut zum Inhalt des in Aussicht genommenen Vorschlages gehört.
- (8) Die europäischen Sozialpartner (Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas (UNICE), Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP) und Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)) haben der Kommission in einem gemeinsamen Schreiben vom 19. Juni 1996 mitgeteilt, daß sie das Verfahren nach Artikel 4 des Abkommens über die Sozialpolitik in Gang setzen wollen. Sie haben die Kommission in einem gemeinsamen Schreiben vom 12. März 1997 um eine zusätzliche Frist von drei Monaten gebeten. Die Kommission hat ihnen diese Frist eingeräumt.
- (9) Die genannten Sozialpartner haben am 6. Juni 1997 eine Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit geschlossen und der Kommission nach Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens ihren gemeinsamen Antrag auf Durchführung dieser Rahmenvereinbarung übermittelt.
- (10) Der Rat hat in seiner EntschlieÙung vom 6. Dezember 1994 zu bestimmten Perspektiven einer Sozialpolitik der Europäischen Union: Ein Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz in der Union⁴ die Sozialpartner ersucht, die Möglichkeiten zum Abschluß von Vereinbarungen wahrzunehmen, weil sie in der Regel näher an den sozialen Problemen und der sozialen Wirklichkeit sind.
- (11) Die Unterzeichnerparteien wollten eine Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit schließen, in der die allgemeinen Grundsätze und Mindestvorschriften für die Teilzeitarbeit niedergelegt sind. Sie haben ihren Willen bekundet, einen allgemeinen Rahmen für die Beseitigung der Diskriminierungen von Teilzeitbeschäftigten zu schaffen und einen Beitrag zur Entwicklung der Teilzeitmöglichkeiten auf einer für Arbeitgeber und Arbeitnehmer akzeptablen Grundlage zu leisten.
- (12) Die Sozialpartner wollten der Teilzeitarbeit besondere Beachtung schenken, haben aber auch erklärt, daß sie in Erwägung ziehen wollten, ob ähnliche Vereinbarungen für andere Arbeitsformen erforderlich sind.
- (13) In den Schlußfolgerungen des Rates von Amsterdam haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Vereinbarung der Sozialpartner über Teilzeitarbeit nachdrücklich begrüßt.
- (14) Der geeignete Rechtsakt zur Durchführung der Rahmenvereinbarung ist eine Richtlinie im Sinne von Artikel 189 des Vertrags. Diese ist für die Mitgliedstaaten hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überläßt jedoch den einzelstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.
- (15) Entsprechend den in Artikel 3b des Vertrags genannten Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit können die Ziele dieser Richtlinie auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden, so daß sie besser auf Gemeinschaftsebene verwirklicht werden können. Die Richtlinie geht nicht über das für die Erreichung dieser Ziele Erforderliche hinaus.
- (16) Bezüglich der in der Rahmenvereinbarung verwendeten, jedoch nicht genauer definierten Begriffe überläßt es die Richtlinie – wie andere im Sozialbereich erlassene Richtlinien, in denen ähnliche Begriffe vorkommen – den Mitgliedstaaten, diese Begriffe entsprechend ihrem nationalen Recht und/oder ihrer nationalen Praxis zu definieren, vorausgesetzt, diese Definitionen entsprechen inhaltlich dem Rahmenabkommen.
- (17) Die Kommission hat ihren Richtlinienvorschlag entsprechend ihrer Mitteilung vom 14. Dezember 1993 über die Anwendung des Protokolls (Nr. 14) über die Sozialpolitik und ihrer Mitteilung vom 18. September 1996 zur Entwicklung des sozialen Dialogs auf Gemeinschaftsebene unter Berücksichtigung des Vertretungsanspruchs der Vertragsparteien, ihres Mandats und der Rechtmäßigkeit der Bestimmungen der Rahmenvereinbarung ausgearbeitet.
- (18) Die Kommission hat ihren Richtlinienvorschlag unter Berücksichtigung des Artikels 2 Absatz 2 des Abkommens über die Sozialpolitik ausgearbeitet, wonach die Richtlinien im Bereich der Sozialpolitik „keine verwaltungsmäßigen, finanziellen oder rechtlichen Auflagen vorschreiben (sollen), die der Gründung oder Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen entgegenstehen“.

4 ABl. C 368 v. 23.12.1994, S. 6.

- (19) Im Einklang mit ihrer Mitteilung vom 14. Dezember 1993 über die Anwendung des Protokolls (Nr. 14) über die Sozialpolitik hat die Kommission das Europäische Parlament unterrichtet und ihm ihren Richtlinienvorschlag mit der Rahmenvereinbarung übermittelt.
- (20) Die Kommission hat außerdem den Wirtschafts- und Sozialauschuß unterrichtet.
- (21) Nach Paragraph 6 Absatz 1 der Rahmenvereinbarung dürfen die Mitgliedstaaten und/oder die Sozialpartner günstigere Bestimmungen beibehalten oder einführen.
- (22) Nach Paragraph 6 Absatz 2 des Rahmenabkommens darf die Durchführung dieser Richtlinie nicht als Rechtfertigung für eine Verschlechterung der derzeit in den einzelnen Mitgliedstaaten bestehenden Situation dienen.
- (23) Die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer betont die Notwendigkeit, gegen Diskriminierungen jeglicher Art, insbesondere aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Rasse, Meinung oder Glauben vorzugehen.
- (24) Nach Artikel F Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union achtet die Union die Grundrechte, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts ergeben.
- (25) Die Mitgliedstaaten können den Sozialpartnern auf deren gemeinsamen Antrag die Durchführung dieser Richtlinie übertragen, sofern sie alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um jederzeit gewährleisten zu können, daß die durch die Richtlinie vorgeschriebenen Ergebnisse erzielt werden.
- (26) Die Durchführung der Rahmenvereinbarung trägt zur Verwirklichung der in Artikel 1 des Abkommens über die Sozialpolitik genannten Ziele bei –

hat folgende Richtlinie erlassen:

Artikel 1

Mit dieser Richtlinie soll die am 6. Juni 1997 zwischen den europäischen Sozialpartnern (UNICE, CEEP, EGB) geschlossene Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit, die im Anhang enthalten ist, durchgeführt werden.

Artikel 2

- (1) Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen, bis zum 20. Januar 2000 in Kraft oder vergewissern sich spätestens zu diesem Zeitpunkt, daß die Sozialpart-

ner im Wege einer Vereinbarung die erforderlichen Vorkehrungen getroffen haben; dabei haben die Mitgliedstaaten alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um jederzeit gewährleisten zu können, daß die durch diese Richtlinie vorgeschriebenen Ergebnisse erzielt werden. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Den Mitgliedstaaten kann bei besonderen Schwierigkeiten oder im Falle einer Durchführung mittels eines Tarifvertrags eine zusätzliche Frist von höchstens einem Jahr gewährt werden. Sie setzen die Kommission umgehend von diesen Gegebenheiten in Kenntnis.

Wenn die Mitgliedstaaten die Vorschriften nach Unterabsatz 1 erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

- (2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die wichtigsten innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie im Anwendungsbereich dieser Richtlinie erlassen haben oder erlassen.

Artikel 3

Diese Richtlinie tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Artikel 4

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Anhang

Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit

Präambel

Die vorliegende Rahmenvereinbarung ist ein Beitrag zur allgemeinen europäischen Beschäftigungsstrategie. Die Teilzeitarbeit hat in den letzten Jahren einen erheblichen Einfluß auf die Beschäftigungslage gehabt. Aus diesem Grunde haben die Unterzeichner dieser Vereinbarung dieser Form der Arbeit vorrangige Beachtung eingeräumt. Die Parteien beabsichtigen, die Notwendigkeit ähnlicher Abkommen für andere flexible Arbeitsformen in Erwägung zu ziehen.

Diese Vereinbarung legt in Anerkennung der Vielfalt der Verhältnisse in den Mitgliedstaaten und in der Erkenntnis, daß die Teilzeitarbeit ein Merkmal der Beschäftigung in bestimmten Branchen und Tätigkeiten ist, die allgemeinen Grundsätzen und Mindestvorschriften für die Teilzeitarbeit nieder. Sie macht den Willen der Sozialpartner deutlich, einen allgemeinen Rahmen für die Beseitigung von Diskriminierungen von Teilzeitbeschäftigten zu schaffen und einen Beitrag zur Entwicklung der Teilzeitar-

beitsmöglichkeiten auf einer für Arbeitgeber und Arbeitnehmer akzeptablen Grundlage zu leisten.

Die Vereinbarung erstreckt sich auf die Beschäftigungsbedingungen von Teilzeitbeschäftigten und erkennt an, daß Fragen der gesetzlichen Regelung der sozialen Sicherheit der Entscheidung der Mitgliedstaaten unterliegen. Die Unterzeichnerparteien haben im Sinne des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung von der Erklärung zur Beschäftigung des Europäischen Rates von Dublin im Dezember 1996 Kenntnis genommen, in welcher der Rat unter anderem betont, daß die Systeme der sozialen Sicherheit beschäftigungsfreundlicher gestaltet werden sollten, in dem „Systeme der sozialen Sicherheit entwickelt werden, die sich an neue Arbeitsstrukturen anpassen lassen und die jeden, der im Rahmen solcher Strukturen arbeitet, auch einen angemessenen sozialen Schutz bieten.“ Die Unterzeichnerparteien sind der Ansicht, daß diese Erklärung in die Praxis umgesetzt werden sollte.

EGB, UNICE und CEEP ersuchen die Kommission, diese Rahmenvereinbarung dem Rat vorzulegen, damit deren Vorschriften in den Mitgliedstaaten, die das Abkommen über die Sozialpolitik, das dem Protokoll (Nr. 14) über die Sozialpolitik im Anhang zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügt ist, unterzeichnet haben, durch Ratsbeschluß verbindlich gemacht werden.

Die Unterzeichnerparteien ersuchen die Kommission, die Mitgliedstaaten in ihrem Vorschlag zur Umsetzung dieser Vereinbarung aufzufordern, die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen, um dem Ratsbeschluß innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach seiner Verabschiedung nachzukommen, oder sich zu vergewissern⁵, daß die Sozialpartner im Wege einer Vereinbarung die erforderlichen Maßnahmen vor Ablauf dieser Frist ergreifen. Den Mitgliedstaaten kann bei besonderen Schwierigkeiten oder im Fall einer Durchführung im Wege eines Tarifvertrags höchstens ein zusätzliches Jahr gewährt werden, um dieser Bestimmung nachzukommen.

Unbeschadet der jeweiligen Rolle der einzelstaatlichen Gerichte und des Gerichtshofs bitten die Unterzeichnerparteien darum, daß jede Frage im Hinblick auf die Auslegung dieser Vereinbarung auf europäischer Ebene über die Kommission zunächst an sie weitergeleitet wird, damit sie eine Stellungnahme abgeben können.

Allgemeine Erwägungen

1. Gestützt auf das Abkommen über die Sozialpolitik im Anhang zum Protokoll (Nr. 14) über die

5 Im Sinne von Artikel 2 Absatz 4 des Abkommens über die Sozialpolitik im Anhang zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Sozialpolitik, das dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügt ist, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4 und Artikel 4 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

2. Gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens über die Sozialpolitik erfolgt die Durchführung der auf Gemeinschaftsebene geschlossenen Vereinbarungen auf gemeinsamen Antrag der Unterzeichnerparteien durch einen Beschluß des Rates auf Vorschlag der Kommission.
3. Die Kommission kündigte in ihrem zweiten Konsultationspapier über die Flexibilität der Arbeitszeit und die Absicherung der Arbeitnehmer an, eine gesetzlich bindende Gemeinschaftsmaßnahme vorschlagen zu wollen.
4. Die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Essen betonen nachdrücklich die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern und fordern Maßnahmen zur „Steigerung der Beschäftigungsintensität des Wachstums, insbesondere durch eine flexiblere Organisation der Arbeit, die sowohl den Wünschen der Arbeitnehmer als auch den Erfordernissen des Wettbewerbs gerecht wird“.
5. Die Unterzeichnerparteien messen denjenigen Maßnahmen Bedeutung zu, die den Zugang zur Teilzeitarbeit für Frauen und Männer erleichtern, und zwar im Hinblick auf die Vorbereitung des Ruhestands, die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben sowie die Nutzung von allgemeinen und beruflichen Bildungsmöglichkeiten zur Verbesserung ihrer Fertigkeiten und ihres beruflichen Fortkommens, im beiderseitigen Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und auf eine Weise, die die Entwicklung der Unternehmen begünstigt.
6. Diese Vereinbarung überläßt es den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern, die Anwendungsmodalitäten dieser allgemeinen Grundsätze, Mindestvorschriften und Bestimmungen zu definieren, um so der jeweiligen Situation der einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen.
7. Diese Vereinbarung berücksichtigt die Notwendigkeit, die sozialpolitischen Anforderungen zu verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Gemeinschaft zu stärken, und zu vermeiden, daß verwaltungstechnische, finanzielle und rechtliche Zwänge auferlegt werden, die die Gründung und Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen hemmen könnten.
8. Die Sozialpartner sind am besten in der Lage, Lösungen zu finden, die den Bedingungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gerecht werden; daher ist ihnen eine besondere Rolle bei der

Umsetzung und Anwendung dieser Vereinbarung einzuräumen –

Die Unterzeichnerparteien haben folgende Vereinbarung geschlossen:

Paragraph 1: Ziel

Diese Rahmenvereinbarung soll

- a) die Beseitigung von Diskriminierungen von Teilzeitbeschäftigten sicherstellen und die Qualität der Teilzeitarbeit verbessern;
- b) die Entwicklung der Teilzeitarbeit auf freiwilliger Basis fördern und zu einer flexiblen Organisation der Arbeitszeit beitragen, die den Bedürfnissen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Rechnung trägt.

Paragraph 2: Anwendungsbereich

1. Die vorliegende Vereinbarung gilt für Teilzeitbeschäftigte, die nach den Rechtsvorschriften, Tarifverträgen oder Gepflogenheiten in dem jeweiligen Mitgliedstaat einen Arbeitsvertrag haben oder in einem Arbeitsverhältnis stehen.
2. Nach Anhörung der Sozialpartner gemäß den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften, den Tarifverträgen oder Gepflogenheiten können die Mitgliedstaaten und/oder die Sozialpartner auf der entsprechenden Ebene in Übereinstimmung mit den einzelstaatlichen Praktiken im Bereich der Arbeitsbeziehungen aus sachlichen Gründen Teilzeitbeschäftigte, die nur gelegentlich arbeiten, ganz oder teilweise ausschließen. Dieser Ausschluß sollte regelmäßig daraufhin überprüft werden, ob die sachlichen Gründe, auf denen er beruht, weiter vorliegen.

Paragraph 3: Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Vereinbarung ist

1. „Teilzeitbeschäftigter“ ein Arbeitnehmer, dessen normale, auf Wochenbasis oder als Durchschnitt eines bis zu einem Jahr reichenden Beschäftigungszeitraumes berechnete Arbeitszeit unter der eines vergleichbaren Vollzeitbeschäftigten liegt;
2. „vergleichbarer Vollzeitbeschäftigter“ ein Vollzeitbeschäftigter desselben Betriebs mit derselben Art von Arbeitsvertrag oder Beschäftigungsverhältnis, der in der gleichen oder einer ähnlichen Arbeit/Beschäftigung tätig ist, wobei auch die Betriebszugehörigkeitsdauer und die Qualifikationen/Fertigkeiten sowie andere Erwägungen heranzuziehen sind.

Ist in demselben Betrieb kein vergleichbarer Vollzeitbeschäftigter vorhanden, so erfolgt der Vergleich anhand des anwendbaren Tarifvertrages oder, in Ermangelung eines solchen, gemäß den gesetzlichen oder

tarifvertraglichen Bestimmungen oder den nationalen Gepflogenheiten.

Paragraph 4: Grundsatz der Nichtdiskriminierung

1. Teilzeitbeschäftigte dürfen in ihren Beschäftigungsbedingungen nur deswegen, weil sie teilzeitbeschäftigt sind, gegenüber vergleichbaren Vollzeitbeschäftigten nicht schlechter behandelt werden, es sei denn, die unterschiedliche Behandlung ist aus sachlichen Gründen gerechtfertigt.
2. Es gilt, wo dies angemessen ist, der Pro-rata-temporis-Grundsatz.
3. Die Anwendungsmodalitäten dieser Vorschrift werden von den Mitgliedstaaten und/oder den Sozialpartnern unter Berücksichtigung der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft und der einzelstaatlichen gesetzlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen und Gepflogenheiten festgelegt.
4. Wenn dies aus sachlichen Gründen gerechtfertigt ist, können die Mitgliedstaaten nach Anhörung der Sozialpartner gemäß den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften, Tarifverträgen oder Gepflogenheiten und/oder die Sozialpartner gegebenenfalls den Zugang zu besonderen Beschäftigungsbedingungen von einer bestimmten Betriebszugehörigkeitsdauer, der Arbeitszeit oder Lohn- und Gehaltsbedingungen abhängig machen. Die Zugangskriterien von Teilzeitbeschäftigten zu besonderen Beschäftigungsbedingungen sollten regelmäßig unter Berücksichtigung des in Paragraph 4 Nummer 1 genannten Grundsatzes der Nichtdiskriminierung überprüft werden.

Paragraph 5: Teilzeitarbeitsmöglichkeiten

1. Im Rahmen des Paragraphen 1 dieser Vereinbarung und im Einklang mit dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten,
 - a) sollten die Mitgliedstaaten nach Anhörung der Sozialpartner gemäß den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften oder Gepflogenheiten Hindernisse rechtlicher oder verwaltungstechnischer Natur, die die Teilzeitarbeitsmöglichkeiten beschränken können, identifizieren und prüfen und sie gegebenenfalls beseitigen;
 - b) sollten die Sozialpartner innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches durch tarifvertraglich vorgesehene Verfahren Hindernisse, die die Teilzeitarbeitsmöglichkeiten beschränken können, identifizieren und prüfen und sie gegebenenfalls beseitigen.
2. Die Weigerung eines Arbeitnehmers, von einem Vollzeitarbeitsverhältnis in ein Teilzeitarbeitsver-

- hältnis oder umgekehrt überzuwechseln, sollte, unbeschadet der Möglichkeit gemäß den gesetzlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen und den nationalen Gepflogenheiten aus anderen Gründen, wie etwa wegen betrieblicher Notwendigkeit, Kündigungen auszusprechen, als solche keinen gültigen Kündigungsgrund darstellen.
3. Die Arbeitgeber sollten, soweit dies möglich ist,
 - a) Anträge von Vollzeitbeschäftigten auf Wechsel in ein im Betrieb zur Verfügung stehendes Teilzeitarbeitsverhältnis berücksichtigen;
 - b) Anträge von Teilzeitbeschäftigten auf Wechsel in ein Vollzeitverhältnis oder auf Erhöhung ihrer Arbeitszeit, wenn sich diese Möglichkeit ergibt, berücksichtigen;
 - c) bemüht sein, zur Erleichterung des Wechsels von einem Vollzeit- in ein Teilzeitarbeitsverhältnis und umgekehrt rechtzeitig Informationen über Teilzeit- oder Vollzeitarbeitsplätze, die im Betrieb zur Verfügung stehen, bereitzustellen;
 - d) Maßnahmen, die den Zugang zur Teilzeitarbeit auf allen Ebenen des Unternehmens einschließlich qualifizierten und leitenden Stellungen erleichtern, und in geeigneten Fällen auch Maßnahmen, die den Zugang von Teilzeitbeschäftigten zur beruflichen Bildung erleichtern, zur Förderung des beruflichen Fortkommens und der beruflichen Mobilität in Erwägung ziehen;
 - e) bemüht sein, den bestehenden Arbeitnehmervertretungsorganen geeignete Informationen über die Teilzeitarbeit in dem Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

Paragraph 6: Umsetzungsbestimmungen

1. Die Mitgliedstaaten und/oder die Sozialpartner können günstigere Bestimmungen beibehalten oder einführen, als sie in dieser Vereinbarung vorgesehen sind.
2. Die Umsetzung dieser Vereinbarung rechtfertigt nicht eine Verringerung des allgemeinen Schutzniveaus der Arbeitnehmer in dem unter diese Vereinbarung fallenden Bereich; dies berührt nicht das Recht der Mitgliedstaaten und/oder der Sozialpartner, bei Veränderungen der Umstände unterschiedliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften oder tarifvertragliche Regelungen zu entwickeln, und steht der Anwendung von Paragraph 5.1 nicht entgegen, sofern der in Paragraph 4.1 festgelegte Grundsatz der Nichtdiskriminierung eingehalten wird.
3. Diese Vereinbarung beeinträchtigt nicht das Recht der Sozialpartner auf der entsprechenden Ebene, einschließlich der europäischen Ebene, Übereinkünfte zur Anpassung und/oder Ergänzung dieser Vereinbarung zu schließen, um be-

sonderen Bedürfnissen der betroffenen Sozialpartner Rechnung zu tragen.

4. Diese Vereinbarung gilt unbeschadet spezifischer Gemeinschaftsbestimmungen, insbesondere der Gemeinschaftsbestimmungen zur Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Männern und Frauen.
5. Die Vermeidung und Behebung von Streitfällen aufgrund der Anwendung dieser Vereinbarung erfolgt gemäß den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften, Tarifverträgen oder Gepflogenheiten.
6. Die Unterzeichnerparteien überprüfen die Anwendung dieser Vereinbarung fünf Jahre nach Erlass des Ratsbeschlusses, wenn eines von ihnen einen entsprechenden Antrag stellt.

Heike Dieball

Anmerkung

Teilzeitarbeit ist eine Arbeitszeitform, die überwiegend von Frauen in Anspruch genommen wird, so daß eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wie der Aufstiegschancen von TeilzeitarbeitnehmerInnen auch unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten geboten ist (vgl. hierzu: Thesenpapier der Europakommission des DJB, in: (Hrsg.), Dokumentation der 31. Arbeitstagung des DJB in Schwerin 1995, S. 88-90).

Der Rechtsanspruch auf Gleichbehandlung von Teilzeit- mit Vollzeitbeschäftigten läßt sich bisher aus § 2 BeschFG, Art. 3 GG sowie der mittelbaren Diskriminierung aufgrund des Geschlechts herleiten (ausführlich: Heike Dieball, in: Buschmann/Dieball/Stevens-Bartol, Das Recht der Teilzeitarbeit – Kommentar für die Praxis, Köln 1997, S. 147 ff.). Daran wird auch die Teilzeitrichtlinie im Grundsatz nichts ändern.

Doch bevor ich zum materiall-rechtlichen Inhalt komme, vorab zum besseren Verständnis einige Ausführungen zu dem aufwendigen formalen Verfahren.

Am 15.12.1997 hat der Ministerrat der EU die Richtlinie zur Regelung der Teilzeitarbeit verabschiedet, die spätestens bis zum 20.1.2000 in innerstaatliches Recht umzusetzen ist (Sonderregelung für Großbritannien: KOM (1998) 84 endg. v. 3.3.1998, „2 Jahre nach Verabschiedung“). Damit wird ein Rechtssetzungsprozeß abgeschlossen, der bereits 1979 mit dem Bemühen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften begann, den Bereich der Teilzeitarbeit zu regeln.

Die nun vorliegende Richtlinie geht zurück auf eine Rahmenvereinbarung, die im sog. Sozialen Dialog ausgehandelt wurde. Das Verfahren des Sozialen Dialogs ist in einem Protokoll geregelt, das wiederum

Bestandteil des Vertrages der EG ist. Dieses Verfahren ermöglicht es den europäischen Sozialpartnerorganisationen (Europäischer Gewerkschaftsbund „EGB“ / Europäische Arbeitgebervereinigungen „UNICE“ und „CEEP“, ausführlich: Dieball, ebenda), Rechtssetzungsverfahren zu initiieren, so daß die Rahmenvereinbarung ein Ergebnis von „Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene“ darstellt. Dieses Rechtssetzungsverfahren hatte sich bereits bei der Regelung der Richtlinie zum Elternurlaub (Richtlinie 96/34/EG des Rates v. 3.6.1996) durchgesetzt. Weitere Verfahren sind in Vorbereitung bzw. sind abgeschlossen und liegen als Rahmenvereinbarung dem Rat der EG zur Verabschiedung vor (vgl.: EuroAS 3/99, S. 30).

So verwundert es nicht, daß sich die Teilzeitrichtlinie inhaltlich im wesentlichen darauf beschränkt, auf das komplizierte Verfahren seiner Entstehung wie auf die Rahmenvereinbarung, die den Anhang bildet, hinzuweisen.

Die Rahmenvereinbarung stellt den eigentlichen materiell-rechtlichen Teil dar.

Zentrale Bestimmung der Rahmenvereinbarung ist der Grundsatz der Nichtdiskriminierung von Teilzeitbeschäftigten in § 4, der bereits der bundesdeutschen Regelung im § 2 BeschFG entspricht (ausführlich: Buschmann, in: Buschmann/Dieball u.a., a.a.O., zu § 2 BeschFG) und auch im Einklang steht mit der Rechtsprechung des EuGH zur mittelbaren Diskriminierung (ausführlich: Dieball, ebenda; s. auch: STREIT 1/99, S. 35 ff. – Richtlinie zur Beweislast mit der Definition einer mittelbaren Diskriminierung“).

Europaweit ist der Grundsatz der Nichtdiskriminierung von Teilzeitkräften zu begrüßen, der sich zwar faktisch auch über die mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts herstellen läßt, doch so erfährt die Nichtdiskriminierung von TeilzeitarbeiterInnen einen eigenständigen Wert (s.a.: Marlene Schmidt, NZA 1998, S. 576 [578]). Allerdings beschränkt sich dieser Grundsatz nur auf die „Beschäftigungsbedingungen“ mit Ausnahme des Arbeitsentgelts und des Bereichs der sozialen Sicherheit, der auch vom EuGH in seiner Rechtsprechung zur mittelbaren Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oftmals zu unbefriedigenden Entscheidungen führte. Dieses Vorgehen läßt sich allerdings mit der Systematik des EG-Vertrages und der Entstehung dieser TZA-Richtlinie erklären (ausführlich hierzu: Dieball, a.a.O., S. 163 ff. – Rechtfertigungsgründe für eine mittelbare Diskriminierung; sowie: Sozialer Dialog, S. 152 ff.).

Der Anwendungsbereich der Rahmenvereinbarung gilt für alle Teilzeitkräfte, die in einem Arbeitsverhältnis stehen bzw. einen Arbeitsvertrag haben (§ 2). Auf die europaweite Festlegung eines generel-

len Schwellenwertes von soundsoviel Stunden pro Monat/Woche etc. wurde verzichtet, allerdings auf nationale Regelungen verwiesen. Die Hilfskriterien des § 3 Abs. 2 der Rahmenvereinbarung definieren den AdressatInnenkreis präziser als § 2 Abs. 1 BeschFG. Verändert werden müßte auch § 3 BeschFG, um der Informationspflicht des Arbeitgebers gem. § 5 Nr. 3 der Rahmenvereinbarung nachzukommen.

Der Grundsatz der Freiwilligkeit bezogen auf den Wechsel einer Vollzeitarbeitnehmerin auf einen Teilzeitarbeitsplatz soll durch § 5 Nr. 2 geschützt werden, in dem die Weigerung einer Arbeitnehmerin, ihre Arbeitszeit zu verringern, keinen Kündigungsgrund darstellen soll. Allerdings ist § 5 Nr. 2 der Rahmenvereinbarung so „weich“ formuliert, daß diese Regelung in der Praxis zu keinerlei erweitertem Schutz von ArbeitnehmerInneninteressen führen wird.

Fraglich ist auch, ob der Anspruch gem. § 1 der Rahmenvereinbarung, die „Entwicklung der Teilzeitarbeit auf freiwilliger Basis“ zu fördern, den Tendenzen nach Einführung einer Zwangsteilzeit entgegenwirkt.

Abschließend die enttäuschende Feststellung, daß durch die geringe Regelungsdichte von verbindlichen Bestimmungen für Teilzeitbeschäftigte eine Chance vertan wurde, um hier europaweit vorbildliche Maßstäbe zu setzen, die insbesondere den Bereich der sozialen Sicherheit nicht ausschließen darf.

Vor dem Hintergrund der langen „Mißerfolgs-story“ der Verabschiedung einer gemeinschaftsweiten Regelung zur Teilzeitarbeit und dem „Erfolgsdruck“ der Sozialpartner im Rahmen des Sozialen Dialogs, der es ihnen explizit seit Verabschiedung des Vertrags von Maastricht ermöglicht, eine Rahmenvereinbarung in einigen Rechtsbereichen zu beschließen, muß diese Richtlinie als „minimalistisches Regelwerk“ eingeordnet werden.

bonnbonn

Gesetze und Gesetzentwürfe

— Gegen die Stimmen der CDU/CSU und der PDS-Fraktion sowie bei Zustimmung von SPD, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und F.D.P. hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur *Änderung des DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes* (14/445) am 25.3.1999 in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Zielsetzung des Gesetzes ist es, den Generalbundesanwalt zu ermächtigen, künftig auch Gruppenankünfte aus dem Bundeszentralregister an Staatsanwaltschaften und das Bundeskriminalamt (BKA) zu erteilen und damit die Verfolgung von Sexualstraftätern und Kindesmißhandlung zu erleichtern. Im verabschiedeten Gesetzentwurf wird geregelt, die „Daten neben dem Bundeskriminalamt lediglich